GENDER
OPEN
REPOSITORIUM

# Das Gespenst des deutschen Geburtenrückgangs. Eine kritische Analyse wissenschaftlicher Diskurse zum Bevölkerungswandel

**Correll, Lena**

**2011**

**https://doi.org/10.25595/3270**

**Veröffentlichungsversion / published version**
**Zeitschriftenartikel / journal article**

**Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:**

Correll, Lena: *Das Gespenst des deutschen Geburtenrückgangs. Eine kritische Analyse wissenschaftlicher Diskurse zum Bevölkerungswandel*, in: Femina politica : Zeitschrift für feministische Politik-Wissenschaft, Jg. 20 (2011) Nr: 1, 101–110. DOI: https://doi.org/10.25595/3270.

GenderOpen – Repositorium für die Geschlechterforschung: www.genderopen.de

FREIE UNIVERSITÄT BERLIN

HUMBOLDT-UNIVERSITÄT ZU BERLIN

# Das Gespenst des deutschen Geburtenrückgangs

## Eine kritische Analyse wissenschaftlicher Diskurse zum Bevölkerungswandel

LENA CORRELL

Das „Gespenst des Geburtenrückgangs“ (Kautsky 1924, 1) geht seit einigen Jahren in Deutschland wieder um. Ähnlich schemenhaft wurde und wird auch der demographische Wandel in den wissensc haftlichen Diskursen in Deutschland problematisiert. Die Wissenschaft der Demographie – „Volksbeschreibung“ vom griechischen „demos“ und „graphein“ abgeleitet – hat dementsprechend eine längere Tradition. Bedeutungsvoll und neuartig ist der in den letzten Jahren nicht nur im medialen, sondern auch in den wissenschaftlichen Diskursen vorherrschende, fast unwidersprochene Konsens, dass es sich beim demographischen Wandel um eines der zentralen gesellschaftlichen Probleme in Deutschland handelt. So erklärt beispielsweise der Bevölkerungswissenschaftler Höhn, es bedürfe einer steigenden Geburtenziffer, „um die sozialen und wirtschaftlichen Errungenschaften unserer Gesellschaft an die nächste Generation weitergeben zu können“ (Höhn u.a. 2006, 15). Der Familienforscher Wingen spricht von einer „desaströsen Geburtensituation“ (Wingen 2004, 121) und expliziert, dass „bei einem Rückgang der Bevölkerung der Humankapitalbestand ebenfalls absinkt und Wirtschaftseinbußen“ hervorruft (Wingen 2007, 305) und die demographische Entwicklung viele „gemeinwohlschädigende Verwerfungen“ (Wingen 2004, 11) mit sich bringe. Auch andere AutorInnen betonen die Bedeutung des demographischen Wandels und thematisieren insbesondere die zentrale Rolle der niedrigen Geburtenrate (vgl. z.B. Birg 2002; Kaufmann 2007; Kröhnert u.a. 2006; Kattinger 2007; Mersch 2006; Schlenska 2006).

Auffällig ist, dass in diesen wissenschaftlichen Diskursen unterschiedliche Probleme in verschiedenen gesellschaftlichen Bereichen (sei es im Gesundheitssektor, in der Altersversorgung bzw. auf dem Arbeitsmarkt) auf dieselbe Problematik, nämlich auf die negativ prognostizierte demographische Entwicklung zurückgeführt werden. Niedrige Geburtenraten werden, zugespitzt gesagt, nicht nur mit dem Niedergang der Familie gleichgesetzt, sondern als zentrale Begründung für einen Zusammenbruch der sozialen Sicherung herangezogen (vgl. kritisch hierzu Dorbritz/Ruckdeschel 2007; Kreyenfeld/Konietzka 2007). Diese nach wie vor überwiegende Tendenz, unterschiedlichste gesellschaftliche Probleme auf den demographischen

Wandel zurückzuführen, hat Diana Hummel (2006, 27) als „Demographisierung gesellschaftlicher Probleme“ bezeichnet.
Der vorliegende Beitrag untersucht systematisch die Grundannahmen, auf welchen das Phänomen der Demographisierung basiert. Dazu wird eine kritische Analyse der hegemonialen Konstruktion des Gegenstandes Bevölkerung vorgenommen. Der Beitrag versteht sich als Streitschrift und möchte mit sechs zugespitzten Thesen eine Diskussion über die Hintergründe und die Art und Weise der Thematisierung des demographischen Wandels anregen. Dazu werden im Folgenden zentrale Engführungen des wissenschaftlichen Diskurses in Bezug auf den Gegenstandszuschnitt, die Datenverwendung und die Historisierung aufgezeigt.

**These 1: Der wissenschaftliche Diskurs zeichnet sich durch eine nationalstaatliche Engführung aus, in der Bevölkerung letztlich als deutsche Bevölkerung gefasst wird.**

„Bevölkerung“ ist ein politischer Begriff, der unterschiedlich definiert werden kann. Die wissenschaftlichen Publikationen weisen dabei vielfach eine starke nationalstaatliche Orientierung auf. Erstens konzentriert sich die Forschung auf die demographische Entwicklung in Deutschland bzw. in den Industrieländern, während das globale demographische Wachstum nicht thematisiert wird. Zweitens wird oftmals nicht oder kaum berücksichtigt, dass die Bevölkerungsentwicklung nicht nur von der Fertilität und der Mortalität, sondern auch von der Migration abhängt (Ausnahmen vgl. z.B. Bomsdorf/Babel 2005; Steinmann 2007). Dies wird damit begründet, dass die Möglichkeiten der Lösung des „Bevölkerungsproblems“ durch Zuwanderung als ambivalent eingeschätzt werden. So erklärt z.B. Schmid, es bräuchte „zur Stützung deutscher demographischer Defizite ein derartiges Quantum an Zuwanderung, dass soziale und kulturelle Verwerfungen unweigerlich ins Haus stehen“ (Schmid 2002, 3, vgl. auch Borchard/Stöbel-Richter 2004, 9; Kaufmann 2005, 83; Kattinger 2007, 6). Integrationsprobleme durch Zuwanderung werden dabei häufig als unveränderlich gesetzt. Wenn Migration berücksichtigt wird, dann werden oftmals aufbauend auf dem Humankapitalansatz, wie z.B. bei Kaufmann (2005), nur „lohnende“ – gemeint sind hoch qualifizierte – ZuwandererInnen für wünschenswert erklärt (vgl. auch Schmid 2001, 6; Wingen 2007, 305). Es gibt noch einen dritten Aspekt, der zu einer nationalstaatlichen Engführung der Bevölkerungsdiskussionen führt: Die deutsche Bevölkerung ohne deutschen Pass wird in Teilen der wissenschaftlichen Debatte selbstverständlich ausgeklammert (vgl. kritisch dazu Butterwegge 2006, 55). Festgehalten werden kann, dass insbesondere in der Bevölkerungswissenschaft eine starke nationale Fokussierung vorherrscht, so dass es in dieser Disziplin vor allem um die Frage geht, warum die „Deutschen“ oder – wie später noch deutlich wird – eigentlich die „deutschen Frauen“ so wenige Kinder bekommen (vgl. kritisch dazu Dackweiler 2006, 82).

**These 2: Die Diskurse zum demographischen Wandel fokussieren auf die Geburtenentwicklung und hier insbesondere auf Kinderlosigkeit.**
Die wissenschaftlichen Diskurse, wie auch die politischen Diskurse (vgl. Correll 2010a, 109-159), zum demographischen Wandel thematisieren vor allem die Geburtenentwicklung, während Zuwanderung mehrheitlich nur ein randständiges Thema darstellt. Für die niedrige Geburtenrate wird überwiegend die Zunahme der Anzahl von Personen ohne Kinder verantwortlich gemacht. Andere zentrale Begründungszusammenhänge geraten hingegen weniger ins Blickfeld. Dies betrifft insbesondere die starke Abnahme der Anzahl an Mehr-Kinder-Familien (vgl. BMFSFJ 2006). So hat die Kinderzahl z.B. bei den westdeutschen Frauen stark abgenommen: Während im Jahrgang 1940 noch 41,5% der Frauen drei oder mehr Kinder bekommen haben, werden es im Jahrgang 1965 mit circa 22% nur noch knapp die Hälfte sein (vgl. Dobritz u.a. 2005, 35). Ein weiterer Faktor zur Begründung der niedrigen deutschen Geburtenrate, der deutlich weniger herangezogen wird, ist der Anstieg des Alters bei der ersten Geburt (vgl. BMFSFJ 2006, 38). Damit vergrößert sich der Abstand zwischen zwei Generationen. Außerdem werden mit zunehmendem Alter die biologisch-medizinischen Bedingungen für Elternschaft schwieriger (vgl. Huinink 2000, 217).

**These 3: Bevölkerungsstabilität in Deutschland wird als Ideal gesetzt.**
Dass die aktuelle Geburtenziffer von 1,36 Kindern pro Frau als dramatisch niedrig bezeichnet wird (vgl. Statistisches Bundesamt 2010a), erscheint nur vor dem Hintergrund einer weiteren Grundannahme plausibel, wonach die Bevölkerung in Deutschland mindestens stabil zu halten ist und dass dazu eine Geburtenrate von 2,1 erforderlich sei.
Worauf sich das Ideal der Bevölkerungsstabilität begründet, wird im wissenschaftlichen Diskurs selten ausführlich erläutert. Dies verwundert nicht, denn einen „objektiven, wissenschaftlich begründeten Maßstab zur Bestimmung eines ‚Bevölkerungsoptimums' gibt es nicht" (Steinmann 2007, 115). Dies gilt auch für die Bestimmung einer „optimalen" Altersstruktur. Eine Veränderung der Bevölkerungsgröße, auch eine Verringerung, ist nicht grundsätzlich problematisch, auch wenn in den wissenschaftlichen Diskursen fast ausnahmslos die potentiellen negativen Auswirkungen einer Bevölkerungsschrumpfung betont werden. Laut Steinmann ist jedoch nur ein abrupter und starker Schrumpfungs- und Alterungsprozess oder ein starker, lang anhaltender Schrumpfungsprozess problematisch (vgl. Steinmann 2007, 115).
Das Ideal der Bevölkerungsstabilität ist eng mit dem Wert 2,1 (Kinder pro Frau) verbunden. Diesem Wert, dessen es scheinbar bedarf, um ein gleich bleibendes Bevölkerungsniveau zu halten, liegen Grundannahmen in Bezug auf die Lebenserwartung und Zuwanderung zugrunde. So erklärt z.B. Bomsdorf, dass bei einem gemäßigten Anstieg der Lebenserwartung und einer jährlichen Zuwanderung von 200.000 Menschen ein Geburtenniveau von 1,7 ausreicht, um die Bevölkerung stabil zu halten (vgl. Bomsdorf 2005; vgl. auch Hondrich 2007).

**These 4: Die Aussagekraft von statistischen Langzeitprognosen zur Bevölkerungsentwicklung wird überschätzt.**

Langzeitprognosen zur Bevölkerungsentwicklung in Deutschland werden wiederholt verwendet, um zu belegen, wie dramatisch der zukünftige Bevölkerungswandel verlaufen wird (wie z.B. die Prognosen des Statistischen Bundesamtes 2010b). Dabei werden auch in wissenschaftlichen Publikationen solche Daten oft nicht als Wahrscheinlichkeiten behandelt, sondern als künftige Wirklichkeit (z.B. von Kattinger 2007; Wingen 2004). Nur wenige Stimmen, die im wissenschaftlichen Diskurs und auch im politischen Diskurs meist ungehört bleiben, fordern, solche Daten nicht unkritisch zu übernehmen (vgl. z.B. Bosbach 2004, 2006; Butterwege 2006; Frevel 2004, Sing 2003). Denn solche Langzeitprognosen gehen „von einer Fortschreibung aktueller Bedingungen aus, zu denen vor allem die Geburtenquote, die Netto-Zuwanderung sowie die Fortsetzung des Anstiegs der Lebenserwartung gehören" (Frevel 2004, 8). Wie unzuverlässig solche Bevölkerungsprognosen sind, zeigt sich beim Vergleich unterschiedlicher Prognosen (vgl. Sing 2003, 47f.). Je nachdem mit welchen Annahmen die Prognosen bezüglich der benannten Faktoren operieren, kommen sie zu stark abweichenden Ergebnissen. So variiert die prognostizierte Bevölkerung z.B. für das Jahr 2050 von 56,4 Millionen bis 80,3 Millionen Menschen (vgl. Sing 2003, 50), also um ein Viertel.

Hinzu kommt, dass insbesondere in Langzeitprognosen, die dreißig oder gar fünfzig Jahre in die Zukunft deuten, Veränderungen wie der Wandel gesellschaftlicher Werte und Normen, der medizinische bzw. technische Fortschritt, etwaige Epidemien, Kriege oder Umweltkatastrophen, aber auch Veränderungen im Bereich der Geschlechter- und Familienverhältnisse unberücksichtigt bleiben (vgl. Frevel 2004, 8). Einer der schärfsten Kritiker, der Statistikprofessor Gerd Bosbach, bezeichnet deshalb solche Langzeitprognosen als „moderne Kaffeesatzleserei" (Bosbach 2004, 98). Er illustriert das an einer Prognose aus den 1950er Jahren: Diese Prognose für das Jahr 2000 hätte maßgebliche Einflussfaktoren nicht berücksichtigt, wie die Antibabypille, die Anwerbung und der Zuzug von Millionen ausländischer ArbeiterInnen und ihrer Familien oder auch die Wiedervereinigung.

Es stellt sich zudem die Frage, ob alle wichtigen Faktoren bei der Berechnung der Langzeitprognosen einbezogen werden. So zeigt sich die Zukunftssituation als weit weniger dramatisch, wenn man einige „vergessene Faktoren" bei der Zukunftsberechnung berücksichtigt (vgl. Bosbach 2006, 61ff. für zahlreiche weitere „vergessene" Faktoren). Dafür hier ein Beispiel: Übersehen wird zumeist, dass nicht nur eine Versorgung der Älteren durch die Erwerbsfähigen zu berücksichtigen ist, sondern dass auch Kinder und Jugendliche versorgt werden müssen (vgl. Bosbach 2006, 61). Deshalb spiegelt „erst ein Gesamtquotient, sprich das Verhältnis der Jungen und Alten zu den Erwerbsfähigen, die finanzielle Belastung richtig" wider (Bosbach 2006, 63). Allein die Einbeziehung des Jugendquotienten relativiert das Zahlenverhältnis, da der Altersquotient laut Prognosen bis 2050 um 77% ansteigt, der Gesamtquotient aber nur um 37% (Bosbach 2006, 61). Zudem stellt sich die Frage,

wie aussagekräftig eine Prognose der Bevölkerungsgröße ist, da die im Diskurs zentrale Frage der Finanzierbarkeit der Renten nicht von der Bevölkerungsgröße, sondern von der Anzahl der Erwerbstätigen und damit vom Erwerbspersonenpotential abhängt (hier gilt es nicht nur die registrierten Arbeitslosen, sondern auch die so genannten stillen Reserven zu berücksichtigen, z.B. Frauen, die lieber Vollzeit- als Teilzeit arbeiten würden, vgl. Sing 2003, 63f.). Festgehalten werden kann: Langfristige Bevölkerungsprognosen stellen unzuverlässige Schätzungen dar und es gilt demnach, wissenschaftliche Problematisierungen des demographischen Wandels auf ihren kritischen Umgang mit solchen Prognosen und dem Altersquotienten zu überprüfen.

**These 5: Wissenschaftliche Diskurse fokussieren wie statistische Daten zur Geburtenentwicklung auf Mutterschaft und weibliche Kinderlosigkeit, während Vaterschaft und männliche Kinderlosigkeit nicht systematisch erfasst werden.**
In der amtlichen Statistik wird nur die Fertilitätsrate von Frauen erfasst, aber keine vergleichbare Ziffer für Männer (vgl. Schmitt/Winkelmann 2005, 10). Im Mikrozensus zeigt sich dasselbe Problem, weil bei der Erfassung außerehelicher Geburten nur der Familienstand der Mutter erhoben wird, während der Familienstand des Vaters unberücksichtigt bleibt (vgl. Stiegler 2006, 11). Gerechtfertigt wird dies damit, dass „Männer keine verlässliche Auskunft über die von ihnen gezeugten Kinder geben könnten" (Knijin u.a. 2007, 194). Damit verbunden wird eine weitere Begründung, nämlich die Annahme einer zeitlich unbeschränkten Zeugungsfähigkeit von Männern. Es scheint sich hier aber vor allem um einen „Zeugungsmythos" und nicht um „Zeugungsrealitäten" zu handeln, da der Übergang zur Vaterschaft jenseits des 45. Lebensjahres auch für Männer eine Ausnahme darstellt (vgl. Schmitt 2005, 19). Auch für Frauen scheint angesichts der Fortschritte in der Reproduktionsmedizin das angenommene Ende der reproduktiven Phase mit 45 Jahren immer mehr zu einem Richtwert zu werden.
In den wissenschaftlichen Studien wie auch in der amtlichen Statistik zeigt sich in Bezug auf das Phänomen Kinderlosigkeit ebenfalls eine Fokussierung auf Frauen, obwohl die Zahl der Männer ohne Kinder in Deutschland generell höher liegt als die der Frauen (vgl. z.B. Klein 2006, 12; Borchard/Stöbel-Richter 2004, 5). In fast allen Altersgruppen (mit Ausnahme der Hochaltrigen) findet sich unter den Männern ein höherer Anteil an Kinderlosen als bei den Frauen (vgl. Schmitt 2004, 15). Die Fokussierung auf weibliche Kinderlosigkeit wird auch anhand des vorrangig in quantitativen Studien üblicherweise hergestellten Zusammenhangs zwischen Bildung und Kinderlosigkeit deutlich: Je höher das Bildungsniveau einer Person ist, desto weniger Kinder bekommt sie (vgl. kritisch dazu Huinink 2000, 209). Diese Verallgemeinerung ist so nicht zutreffend. Denn bei Männern ohne Kinder liegt der höchste Anteil in der Gruppe der Personen mit niedrigen Bildungsabschlüssen (vgl. Stiegler 2006). Für die hohe männliche „Kinderlosigkeit" bei niedrig qualifizierten Männern wird das nach wie vor verbindliche traditionelle Modell des männlichen

Familienernährers verantwortlich gemacht (vgl. Wunderlich u.a. 2004). Auch für ostdeutsche Frauen trifft der angenommene Zusammenhang nicht zu: Nur 16% dieser Gruppe von Frauen mit Hochschulabschluss ist kinderlos (vgl. Cornelißen 2006, 139). Die einzige Bevölkerungsgruppe, auf die der angenommene Zusammenhang zwischen Bildung und Geburtenhäufigkeit zutrifft, ist jene westdeutscher Frauen.
Es lässt sich festhalten, dass die amtliche statistische Erhebung aufgrund ihrer (fast) ausschließlichen Orientierung an Frauen als biologischen Müttern bzw. Nicht-Müttern geschlechterspezifische Gesellschaftsvorstellungen mitprägt. Diese Orientierung wird in den wissenschaftlichen Diskursen reproduziert, indem die Geburtenentwicklung fast durchgängig als ein Problem diskutiert wird, das an Frauen festgemacht wird.

**These 6: Die Diskurse nehmen oftmals keine umfassendere Historisierung des demographischen Wandels vor, sondern wählen, teilweise auch unausgesprochen, einen spezifischen historischen Referenzrahmen. Dies führt dazu, dass die aktuelle Geburtenentwicklung dramatisiert und Kinderlosigkeit als historisch neues Phänomen dargestellt wird.**
Im Diskurs wird immer wieder auf die Dramatik der aktuellen Geburtenrate von 1,36 Kindern pro Frau (Zahl für 2009, vgl. Statisches Bundesamt 2010a) und die hohe Kinderlosigkeit verwiesen. Dabei werden die 1950er/60er Jahre in Westdeutschland – das „goldene Zeitalter" der Kleinfamilie – mehrheitlich unausgesprochen als Referenzrahmen gesetzt. Dieser Referenzrahmen erstaunt, da er als historischer Ausnahmezustand in Bezug auf die familiären Verhältnisse in Deutschland gelten kann. So zeichnet er sich auch durch eine historisch einzigartig niedrige Kinderlosigkeit aus (vgl. ausführlicher zu diesem Argument Correll 2010b). Auch in Bezug auf die Geburtenraten funktioniert die Krisenrhetorik nur vor dem Hintergrund dieses eingeschränkten Referenzzeitraums. Denn ein Blick in die jüngere Geschichte zeigt, dass die Geburtenraten in Deutschland seit 1965 sinken und bereits seit den 1970er Jahren durchgängig ähnlich niedrig wie heute, nämlich bei 1,3 bis 1,4 Kindern pro Frau, liegen (vgl. Jurczyk 2007, 531). Die letzte Frauengeneration, die ausreichend Kinder geboren hat, um die Elterngeneration zu ersetzen, umfasst die Frauen der Geburtsjahrgänge 1880/81 (vgl. Gerlach 2004, 49). Die Tatsache, dass der Geburtenrückgang bereits vor mehr als 100 Jahren eingesetzt hat und die heute als dramatisch bezeichnete Geburtenrate bereits seit mehreren Jahrzehnten ähnlich niedrig liegt, wird jedoch in den wissenschaftlichen Diskursen mehrheitlich nicht thematisiert.

## Das Gespenst ohne Laken: Was bleibt vom demographischen Krisenszenario?

Die Analyse der wissenschaftlichen Diskurse hat gezeigt, dass der demographische Wandel vielfach als gesamtgesellschaftliches Problem konstruiert wird. Dabei wird ein demographisches Krisenszenario entworfen, indem unterschiedlichste gesellschaftliche Probleme auf die demographische Entwicklung – genauer: auf den

Geburtenrückgang und die hohe Kinderlosigkeit – zurückgeführt werden. Diese „Demographisierung gesellschaftlicher Probleme“ ist, wie gezeigt wurde, höchst voraussetzungsvoll, da sie auf selten hinterfragten Grundannahmen bzw. Engführungen in Bezug auf die Gegenstandskonstruktion, die Datenverwendung und die historische Einordnung basiert.

Die aufgezeigten Blindstellen im wissenschaftlichen Diskurs sind nicht zufällig, sondern spiegeln, so meine abschließende These, drei vorherrschende gesellschaftliche Denkschemata wider. Erstens entspricht die starke Zukunftsorientierung der Diskurse zur Demographie verbunden mit einer gleichzeitigen unzureichenden historischen Einbettung der vorherrschenden neoliberalen Zeitperspektive. Die Fokussierung auf die „Zukünftigkeit erleichtert zweifellos die Orientierung im zersplitterten Wissenshorizont der Gegenwart“ (Traue 2010, 291f.); sie ist aber gleichzeitig problematisch, weil mittels prognostischer Daten zukünftige Krisenszenarien heraufbeschworen werden, die u.a. auch als Begründung für den aktuellen Um- bzw. Abbau des Sozialsystems herangezogen werden. Vor diesem Hintergrund werden zweitens eine undifferenzierte Verwendung und die Überschätzung der Bedeutung von statistischem Datenmaterial deutlich. Statistiken haftet gleichsam eine Aura des Faktischen an, erst mittels statistischen Wissens wird ein gesellschaftliches Problem geformt und ihm politische Bedeutung verliehen (vgl. Fischer 2009). Dies ist nicht ein Effekt der Zahlen selbst, sondern Ergebnis einer Gesellschaftskonstruktion, in der quantitative Vermessung zur Wissenstechnik moderner Staatlichkeit wird (vgl. Schmidt 2005). Drittens ist das Gespenst der deutschen Geburtenentwicklung nicht geschlechtslos, sondern die wissenschaftlichen Diskurse haben einen gender bias und fokussieren auf die Frage, warum (deutsche) Frauen so wenige bzw. keine Kinder bekommen. Damit wird entsprechend der gesellschaftlich vorherrschenden Geschlechterzuschreibungen, wie sie schon von Beauvoir 1949 aufgezeigt wurden, Frauen die Zuständigkeit für die Reproduktion zugeschrieben und der Frauenleib als „öffentlicher Ort“ (Duden 1991) bzw. noch präziser als „gesellschaftspolitischer Ort“ konstruiert. Diese drei Denkschemata gilt es in Bezug auf die wissenschaftlichen Diskurse zum demographischen Wandel zu dekonstruieren, um einer politischen Instrumentalisierung dieses Wandels für konservative und neoliberale Zwecke entgegenzuwirken.

## Literatur

**Beauvoir de**, Simone, 1949, deutsche Ausgabe 1968: Das andere Geschlecht. Sitte und Sexus der Frau. Reinbek bei Hamburg.

**Birg**, Herwig, 2002: Schrumpfen oder wachsen? Die Lebensbedingungen sind entscheidend. In: Das Parlament. 52. (19-20).

**Bomsdorf**, Eckart, 2005: Perspektiven für eine nachhaltige Familienpolitik. Hrsg. vom Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend. Berlin.

**Bomsdorf**, Eckart/**Babel**, Bernhard, 2005: Wie viel Fertilität und Migration braucht Deutschland? In: Wirtschaftsdienst. 85 (6), 387-394.

**Borchard**, Anke/**Stöbel-Richter**, Yve, 2004: Die Genese des Kinderwunsches bei Paaren – eine qualitative Studie. Materialen zur Bevölkerungswissenschaft, H. 114. Wiesbaden.

**Bosbach**, Gerd, 2006: Demographische Entwicklung – Realität und mediale Aufbereitung. In: Berliner Debatte Initial. 17 (3), 59-66.

**Bosbach**, Gerd, 2004: Demographische Entwicklung — kein Anlass zur Dramatik. In: Gewerkschaftliche Monatshefte. 55 (2), 96-103.

**Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend** (Hg.), 2006: Siebter Familienbericht: Familie zwischen Flexibilität und Verlässlichkeit. Perspektiven für eine lebenslaufbezogene Familienpolitik. Bundesdrucksache 16/1360. Berlin.

**Butterwegge**, Christoph, 2006: Demographie als Ideologie? Zur Diskussion über Bevölkerungs- und Sozialpolitik in Deutschland. In: Berger, Peter/Kahlert, Heike (Hg.): Der demographische Wandel. Chancen für eine Neuordnung der Geschlechterverhältnisse. Frankfurt/M., New York, 53-80.

**Cornelißen**, Waltraud, 2006: Kinderwunsch und Kinderlosigkeit im Modernisierungsprozess. In: Berger, Peter/Kahlert, Heike (Hg.): Der demographische Wandel. Chancen für eine Neuordnung der Geschlechterverhältnisse. Frankfurt/M., New York, 137-163.

**Correll**, Lena, 2010a: Anrufungen zur Mutterschaft. Eine wissenssoziologische Untersuchung von Kinderlosigkeit. Münster.

**Correll**, Lena, 2010b: Der Wandel der Familie wird überschätzt. In: querelles-net. 11 (2). Internet: http://www.querelles-net.de/index.php/qn/article/viewArticle/882/874 (28.2.2011).

**Dackweiler**, Regina-Maria, 2006: Reproduktives Handeln im Kontext wohlfahrtsstaatlicher Geschlechterregime. In: Berger, Peter/Kahlert, Heike (Hg.): Der demographische Wandel. Chancen für eine Neuordnung der Geschlechterverhältnisse. Frankfurt/M., New York, 82-107.

**Dorbritz**, Jürgen/**Lengerer**, Andrea/**Ruckdeschel**, Kerstin, 2005: Einstellungen zu demographischen Trends und zu bevölkerungsrelevanten Politiken. Ergebnisse der Population Policy Acceptance Study in Deutschland. Hrsg. vom Bundesinstitut für Bevölkerungsforschung. Wiesbaden.

**Dorbritz**, Jürgen/**Ruckdeschel**, Kerstin, 2007: Kinderlosigkeit in Deutschland – Ein europäischer Sonderweg? Daten, Trends und Gründe. In: Konietzka, Dirk/Kreyenfeld, Michaela (Hg.): Ein Leben ohne Kinder. Kinderlosigkeit in Deutschland. Wiesbaden, 45-81.

**Duden**, Barbara, 1991: Frauenleib als öffentlicher Ort. Vom Missbrauch des Begriffs Leben. Hamburg.

**Fischer**, Daniel, 2009: Über das Verhältnis von Zahl und Wirklichkeit. Untersuchung über den Umgang mit statistischem Wissen im massenmedialen Diskurs über Arbeitslosigkeit. Wiesbaden.

**Frevel**, Bernhard, 2004: Schicksal? Chance? Risiko? – Herausforderung demografischer Wandel! In: Frevel, Bernhard (Hg.): Herausforderung demografischer Wandel. Wiesbaden, 7-14.

**Gerlach**, Irene, 2004: Familienpolitik. Wiesbaden.

**Heinrichs**, Jürgen, 1978: Bedeutet Familienplanung ein Geburtenminus? In: Franke, Lutz/Jürgens, Hans W. (Hg.): Keine Kinder – Keine Zukunft? Zum Stand der Bevölkerungsforschung in Europa. Boppard am Rhein, 83-90.

**Höhn**, Charlotte/**Ette**, Andreas/**Ruckdeschel**, Kerstin, 2006: Kinderwünsche in Deutschland. Konsequenzen für eine nachhaltige Familienpolitik. Hrsg. vom Bundesinstitut für Bevölkerungsforschung. Stuttgart.

**Hoem**, Jan M., 2005: Why does Sweden have such High Fertility? In: Demographic Research. 13, 559-572.

**Huinink**, Johannes, 2000: Bildung und Familienentwicklung im Lebensverlauf. In: Zeitschrift für Erziehungswissenschaft. 3 (2), 209-227.

**Hummel**, Diana, 2006: Demographisierung gesellschaftlicher Probleme? Der Bevölkerungsdiskurs aus feministischer Sicht. In: Berger, Peter/Kahlert, Heike (Hg.): Der demographische Wandel. Chancen für eine Neuordnung der Geschlechterverhältnisse. Frankfurt/M., New York, 27-51.

**Hondrich**, Karl Otto, 2007: Weniger ist mehr. Warum der Geburtenrückgang ein Glücksfall für die Gesellschaft ist. Frankfurt/M., New York.

**Jurczyk**, Karin, 2007: Ansätze zu einer emanzipatorischen Familienpolitik: Der Siebte Familienbericht. In: WSI Mitteilungen. 60 (10), 531-537.

**Kattinger**, Stefanie, 2007: Die Kinderfrage in Deutschland. Gründe für den Realisierungsaufschub vorhandener Kinderwünsche bei hoch qualifizierten Frauen. Saarbrücken.

**Kaufmann**, Franz-Xaver, 2007: Bevölkerungsrückgang als Problemgeneration für alternde Gesellschaften. In: WSI Mitteilungen. 60 (3), 107-114.

**Kaufmann**, Franz-Xaver, 2005: Schrumpfende Gesellschaft. Vom Bevölkerungsrückgang und seinen Folgen. Frankfurt/M.

**Kautsky**, Karl, 1924: Der Kampf gegen den Geburtenrückgang. Wien.

**Klein**, Doreen, 2006: Zum Kinderwunsch von Kinderlosen in Deutschland. Hrsg. vom Bundesinstitut für Bevölkerungsforschung, H. 119. Wiesbaden.

**Kreyenfeld**, Michaela/**Konietzka**, Dirk, 2007: Die Analyse von Kinderlosigkeit in Deutschland: Dimensionen – Daten – Probleme. In: Konietzka, Dirk/Kreyenfeld, Michaela (Hg.): Ein Leben ohne Kinder. Kinderlosigkeit in Deutschland. Wiesbaden, 11-44.

**Kröhnert**, Steffen/**Medicus**, Franziska/**Klingholz**, Reiner, 2006: Die demografische Lage der Nation. Wie zukunftsfähig sind Deutschlands Regionen? Kurzfassung. Berlin-Institut für Bevölkerung und Entwicklung. Berlin.

**Mersch**, Peter, 2006: Land ohne Kinder. Wege aus der demographischen Krise. Norderstedt.

**Rüling**, Anneli/**Kassner**, Karsten, 2007: Familienpolitik aus Gleichstellungsperspektive. Ein europäischer Vergleich. Hrsg. von der Friedrich-Ebert-Stiftung. Berlin.

**Schlenska**, Wiebke, 2006: Kinder unerwünscht? Das Paradoxon der deutschen Geburtenrate und Wege aus der Krise. Berlin.

**Schmid**, Josef, 2002: Die Neuordnung des Wissens für ein demographisches Jahrhundert. In: Abschiedsvorlesung vom 18.7.2002, Vol. 2005. Bamberg, 1-14.

**Schmid**, Josef, 2001: Bevölkerungsentwicklung und Migration in Deutschland. In: Aus Politik und Zeitgeschichte. (43), 20-30. Internet: http://www.bpb.de/files/5031HG.pdf (6.5.2008).

**Schmidt**, Daniel, 2005: Statistik und Staatlichkeit. Wiesbaden.

**Schmitt**, Christian, 2005: Kinderlosigkeit bei Männern – Geschlechtsspezifische Determinanten ausbleibender Elternschaft. In: Tölke, Angelika/Hank, Karsten (Hg.): Männer – Das „vernachlässigte" Geschlecht in der Familienforschung. Wiesbaden, 19-44.

**Schmitt**, Christian, 2004: Kinderlose Männer in Deutschland – Eine sozialstrukturelle Bestimmung auf Basis des Sozioökonomischen Panels (SOEP). DIW Materialien, H. 34. Berlin.

**Schmitt**, Christian/**Winkelmann**, Ulrike, 2005: Wer bleibt kinderlos? Was sozialstrukturelle Daten über Kinderlosigkeit bei Frauen und Männern verraten. In: Feministische Studien. 23 (1), 9-23.

**Sing**, Dorit, 2003: Der demographische Wandel und das zukünftige (insbesondere weibliche) Arbeitskräfteangebot – eine Analyse verschiedener (Erwerbs-)Bevölkerungsprognosen unter besonderer Berücksichtigung von Gender-Aspekten. In: Goldmann, Monika u.a. (Hg.): Gender Mainstreaming und Demographischer Wandel. Projektdokumentation. Beiträge aus der Forschung 132. Dortmund. Internet: http://www.sfs-dortmund.de/transf/band132.html (28.2.2011).

**Statistisches Bundesamt**, 2010a: Statistisches Jahrbuch 2010 für die Bundesrepublik Deutschland. Wiesbaden.

**Statistisches Bundesamt**, 2010b: Bevölkerung Deutschlands bis 2060. 12. koordinierte Bevölkerungsvorausberechnung. Wiesbaden.

**Steinmann**, Gunter, 2007: Kindermangel in Deutschland. Bevölkerungsökonomische Analysen und familienpolitische Lösungen. Frankfurt/M.

**Stiegler**, Barbara, 2006: Mutter-Vater-Kinder-Los – eine Analyse des Geburtenrückgangs aus der Geschlechterperspektive. Hrsg. von der Friedrich-Ebert-Stiftung. Bonn.

**Traue**, Boris, 2010: Das Subjekt der Beratung. Zur Soziologie einer Psycho-Technik. Bielefeld.

**Wingen**, Max, 2007: Der Beitrag der Familien zur Zukunftssicherung unserer Gesellschaft. In: Lettke, Frank/Lange, Andreas (Hg.): Generationen und Familien. Analysen – Konzepte – gesellschaftliche Spannungsfelder. Frankfurt/M., 299-311.

**Wingen**, Max, 2004: Die Geburtenkrise ist überwindbar: Wider die Anreize zum Verzicht auf Nachkommenschaft. Grafschaft.

**Wunderlich**, Holger/**Helfferich**, Cornelia/**Klindworth**, Heike, 2004: Im Westen nichts Neues – und im Osten? Ergebnisse der Studie „männer leben" zur Koordination von Beruf und Familie. In: BZgA (Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung), Forum Sexualaufklärung und Familienplanung, H. 3, 19-25.

# Der lange Schatten der Deregulierung: Eine geschlechtersensible Bilanzierung des Hartz-IV-Kompromisses

KAREN JAEHRLING

Das Jahr 2010 hat die Europäische Union als Jahr zur Bekämpfung von Armut und sozialer Ausgrenzung ausgerufen. Sein primärer Zweck war ein kommunikativer und bestand in der Sensibilisierung der Öffentlichkeit für die Lage der von Armut betroffenen Menschen, wie auch für die „Vorteile, die für jeden mit einer Gesellschaft verbunden sind, in der es keine Armut mehr gibt" (EU 2008, 23). Impulse erhalten sollte zudem „das politische Engagement für die Verhinderung und Bekämpfung von Armut und sozialer Ausgrenzung, indem es die politische Aufmerksamkeit bündelt" (ebd.).

In Deutschland begann das Jahr nach dem Urteil des Karlsruher Verfassungsgerichts vom 9. Februar 2010 zu den Regelsätzen im Arbeitslosengeld II mit einer an Sensibilität kaum unterbietbaren Debatte über den „anstrengungslosen Wohlstand" (G. Westerwelle) von TransferempfängerInnen und endete gewissermaßen verspätet mit dem jüngst verabschiedeten „Hartz-IV-Kompromiss", der unter anderem eine geringfügige Anhebung der Regelsätze und ein Bildungspaket für Kinder vorsieht. Gebündelt wurde die politische Aufmerksamkeit in Deutschland also in der Tat, allerdings in etwas anderer Weise, als dies das nationale Konzept zur Umsetzung des Europäischen Jahres (BMAS 2009) vorsah.